

Editorial

Kein Zweifel, nach dem Ende des 2. Weltkrieges entstand nach dem Willen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine bipolare Weltordnung, die — zumindest in Europa — den heißen Krieg verhindern half.

Kein Zweifel aber auch, daß die von den beiden Großmächten sich jeweils zugebilligten Einflußsphären in Europa zur Folge hatten, daß Prozesse der Veränderung in den Ländern, die den jeweiligen Einflußsphären zugeschlagen worden waren, erschwert oder gar unmöglich wurden. Die Veränderung des status quo in den gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Länder schien das fragile Gleichgewicht in Europa zu gefährden und ließ aus der Sicht der Großmächte auch die militärische Sicherung der Einflußsphären geboten erscheinen. Der Handlungsspielraum für oppositionelle Bewegungen in allen europäischen Ländern blieb gering, die Integration in das jeweilige Wirtschafts- und Militärbündnis durfte nicht in Frage gestellt werden. Die Formen der Sicherung der Einflußsphäre waren in Ost und West verschieden, in der Sache aber lief es stets auf dasselbe hinaus: Eine Infragestellung rief immer wieder die eine oder die andere Großmacht in mehr oder weniger direkter Form auf den Plan.

In den Ländern des realen Sozialismus freilich bedeutete der Vorrang des status quo, daß auch einer demokratisch-sozialistischen Opposition, die sich mit einer bürokratisch organisierten staatssozialistischen Gesellschaftsordnung nicht abfinden wollte und die einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« anstrebte, enge Grenzen gesetzt waren. Die Sowjetunion sicherte in ihrer Einflußsphäre nicht nur ihren Machtanspruch mit allen Mitteln, sie nahm auch das Recht für sich in Anspruch zu definieren, was Sozialismus ist und was nicht.

Es überrascht deshalb nicht, daß die — sicherlich ein widersprüchliches Bild offenbarenden — oppositionellen Bewegungen in den Ländern des realen Sozialismus immer häufiger die nach 1945 entstandene und den status quo zementierende Weltordnung in Frage stellen. Es kann dann auch nicht überraschen, daß diese Opposition auch die Linke in den west- und mitteleuropäischen Ländern, die den status quo wegen seiner friedenssichernden Wirkung nicht antasten will, voller Skepsis und Mißtrauen zu betrachten beginnt.

Sie verweisen uns damit auf unsere eigenen Lücken, denn die spezifischen Bedingungen einer demokratisch-sozialistischen Opposition in den Ländern des realen Sozialismus wurden kaum zur Kenntnis genommen oder gar in ihren Auswirkungen analysiert. Die Priestersoutane unter den Solidarnosz-Anhängern war oft willkommener Anlaß, die eingeforderte Solidarität zu verweigern oder mit vielen Wenn und Aber zu versehen.

Zu den spezifischen Bedingungen einer Opposition in jenen Ländern gehört aber zweifellos auch, daß der Handlungsspielraum für sozialistische Veränderungen in Ost und West durch den status quo der Nachkriegszeit sehr eingeengt ist. Die Frage, wie er zu erweitern ist, muß deshalb auch unsere Frage sein.

Freilich kann unser »schlechtes Gewissen« nicht zur Folge haben, alle aus diesen Ländern kommenden Antworten auf die Frage zu akzeptieren und Vorwürfe gegen uns nicht kritisch zu prüfen.

Die zwei ungarischen, zur Zeit im Westen lebenden Marxisten *Ferenc Fehér* und *Agnes Heller* haben ihr Mißtrauen gegenüber der praktischen Politik der westdeutschen und westeuro-

päischen Linken in einem sehr pointierten Text mit dem bezeichnenden Titel »Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo« zusammengefaßt. Der Aufsatz löste bei Grünen und Alternativen wie bei der SPD eine heftige Diskussion aus. Wir sehen in diesem Aufsatz einen prototypischen Text für die Probleme und Sichtweisen einer osteuropäischen Opposition, die sich selbst als sozialistisch versteht, den wir ernst nehmen, auch wenn wir in vielen Urteilen und Verurteilungen Irrationalismen entdecken, die es zu kritisieren gilt.

Wir wollen deshalb mit unserem Schwerpunkt über die bipolare Weltordnung nach 1945 einen Teil der um diesen Text entstandenen Kontroverse dokumentieren. Das heißt zunächst, den Aufsatz von Fehér und Heller, der bislang in deutscher Sprache meist nur sehr verkürzt zugänglich war, umfänglich zu dokumentieren.

Das heißt aber auch, mit unserer Kritik an dieser Position nicht hinter dem Berg zu halten. *Walter Süß* faßt in seiner Antwort an Fehér und Heller auch die Kritik der Redaktion zusammen. Wir wollen an dieser Stelle nicht verschweigen, daß die Diskussion um Für und Wider eines Abdrucks des Aufsatzes von Fehér/Heller auch in der Redaktion einen heftigen Streit auslöste und die Einschätzung der Widersprüchlichkeit von demokratisch-sozialistischen Oppositionsbewegungen (schon diese Benennung fand nicht einhelligen Beifall) vor allem unser Defizit in der Beschäftigung mit dieser Frage zu Tage förderte.

Wir waren aber alle der Meinung, daß das zu beklagende Defizit kein Anlaß für weitere Verdrängungsleistungen sein darf: der solidarischen und kritischen Diskussion mit der demokratisch-sozialistischen Opposition in den Ländern des realen Sozialismus müssen wir uns stellen.

Ein wesentlicher Zielpunkt der Kritik von Fehér/Heller ist auch die deutsche Sozialdemokratie. Der SPD-Europaabgeordnete *Klaus Hänsch* macht in seinem Aufsatz klar, wie weit die Kritik von Fehér/Heller an der SPD über das Ziel hinauschießt. Darüber hinaus analysiert er einige Grundirrtümer deutscher Nachkriegspolitik, die bis heute in den unterschiedlichsten politischen Lagern weiterwuchern.

*

Zwei weitere Aufsätze in diesem Heft behandeln Themen, die bislang in der Prokla nicht oft diskutiert wurden, Sozialhistoriker fanden nur selten zur Prokla als Publikationsorgan. Das muß nicht so bleiben. Mit den beiden Aufsätzen von *Lutz Niethammer* und *Ulrich Herbert* will die Prokla sozialgeschichtliche Themen und Kontroversen zukünftig häufiger zur Diskussion stellen.

Ende der siebziger Jahre konzipierten Franz Brüggemeier, Lutz Niethammer und Detlef Peukert ein Projekt, das »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet von 1930 bis 1960« (LUSIR) erforschen sollte. Eine große Zahl lebensgeschichtlicher Interviews sollte Antworten auf die Frage geben, wie nach 1945 aus dem Ruhrgebiet eine sozialdemokratische Hochburg werden konnte. Ergebnisse des Forschungsprojektes sind inzwischen in zwei Bänden veröffentlicht worden. In einem in Kürze erscheinenden dritten Band soll eine Zusammenfassung der Ergebnisse und ein Vergleich mit ähnlichen Forschungsprojekten versucht werden.

Aus diesem Band veröffentlichen wir als Vorabdruck Teile der Einleitung von Niethammer und Herbert.

»Wozu taugt Oral History?« von Niethammer ist ein hochinteressanter Versuch, »Perspektiven der Arbeit mit Erinnerungsgesprächen« verallgemeinernd zu umreißen — eine Anregung auch für jeden Sozialwissenschaftler, der sich mit qualitativen Methoden der Wirklichkeit

nähern will. Damit geht Niethammer auch auf den Streit unter Sozialgeschichtlern ein, inwieweit die Beschäftigung mit »Alltagsgeschichte des Volkes« eine wesentliche Bereicherung eines sozialgeschichtlichen Forschungsansatzes ist oder ob das nur »kleinteiligen Historismus« zur Folge habe, der eher romantisch verklärt als rational aufklärt. Der Streit ist gerade nach dem arroganten Diktum von Hans Ulrich Wehler über den unverdaulichen »grünen Hirsebrei«, der in den vielen Geschichtswerkstätten zusammengekocht würde, noch lange nicht ausgestanden. Es ist aber an der Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, was der methodische Ansatz zu leisten vermag und wo seine Grenzen liegen. Niethammer macht klar, daß Alltagsgeschichtsschreibung und Oral History weder eine »sozialromantische Selbsttäuschung« ist, die wissenschaftlich nichts taugt, noch eine »instant history«, die »Großvaters verlorene Welten anhand seiner letzten Kassette zu verstehen« vermag.

Ulrich Herbert faßt in seinem Beitrag wichtige Ergebnisse des Forschungsprojekts zusammen. Er macht deutlich, welchen Gewinn Oral History-Projekte bringen können, wenn der methodische Ansatz nicht überfordert wird. Es geht nicht um »statistisch verifizierbare Ergebnisse«, sondern um »Fragen nach Plausibilität und Aussagekraft«, die im Kontext der übrigen sozialgeschichtlichen Forschung zu sehen sind. Vor allem die Aussagen über das Bewußtsein der Ruhrarbeiter nach 1945 helfen viele Fragen der Forschung zur Nachkriegsgeschichte beantworten, so etwa die Frage nach den Ursachen dafür, daß die Nachkriegsdominanz der Arbeiterbewegung schon nach drei Jahren verloren ging. Die Ergebnisse des Projektes liefern viele Hinweise, weshalb die »sozialistischen Blümenträume« nach 1945 nicht reifen konnten und sie machen viele Verratsthesen oder Schuldzuweisungen der bisherigen Forschung hinfällig. Ein sozialhistorischer Beitrag zur Verringerung von Legendenbildungen.

*

Im letzten Heft der PROKLA haben wir den Versuch unternommen, eine Diskussion über Theorien der Weltwirtschaft zu initiieren, die sich den Problemen von Abhängigkeit und Entwicklungschancen in den achtziger Jahren stellen. Während ein Teil der Autoren die finanziellen Abhängigkeiten von Ländern der Dritten Welt gegenüber den kapitalistischen Industrieländern als Entwicklungsblockade diskutierten, wurden von anderen insbesondere die ostasiatischen »Schwellenländer« aber auch Brasilien als Modelle erfolgreicher Industrialisierungsstrategien vorgestellt, die trotz hoher — und im Falle Brasiliens sogar dramatischer — Außenverschuldung in der Lage sein könnten, den Abhängigkeitszirkel zu durchbrechen und zu »Zentren in der Peripherie« innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft aufzusteigen. Diese Diskussion steht erst an ihren Anfängen. Die gegenwärtige Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung erfolgt allein nicht nur unter dem Damoklesschwert der Verschuldungskrise, sondern wird auch in starkem Maße beeinflusst durch den Schub an neuen Technologien, der sowohl die Ex- und Importpositionen aller weltmarktintegrierten Länder als auch die Motive der Standortwahl für industrielle Produktionen berührt. *Gerd Junne* diskutiert die Folgen des Innovationsschubs im Bereich der Mikroelektronik und vor allem der Biotechnologie für die Exportchancen der Entwicklungsländer und kommt zu dem Ergebnis, daß die Abhängigkeit dieser Länder ohne politisch organisierte, gemeinsame binnenorientierte Entwicklungsstrategien noch vergrößert werden und die zukünftigen Entwicklungschancen eher pessimistisch einzuschätzen sind. Für einen *modernisierungspolitischen* Optimismus jedenfalls dürfte angesichts solcher Entwicklungstendenzen weniger Anlaß bestehen als je zuvor.

Als direkte Gegenthese zu Junne liest sich die Replik von *Klaus Busch* auf einen Diskussionsbeitrag von *Elmar Altvater* im letzten Heft der PROKLA, der mit Bezug auf die ausgleichenden und äquilibristischen Wirkungen der Wechselkurse schreibt: »Die Wechselkursstrukturen erlauben eine internationale Arbeitsteilung auf der Basis komparativer Kostenvorteile, die die schwächer entwickelten Länder nicht nur vor der überlegenen Konkurrenzkraft der höher entwickelten Nationen schützt — ihnen damit auch die Realisierung ihrer Akkumulationsvorteile ermöglicht —, sondern ihnen darüber hinaus auch noch Produktivitätsgewinne zufließen läßt« (Busch in diesem Heft). Die von Busch angeführten empirischen Belege für diese These verdecken allerdings den zentralen Tatbestand, daß die von ihm konstatierte Zunahme des Anteils von Industriegütern an den Exporten von Entwicklungsländern vor allem im Laufe der siebziger Jahre — zum Teil als realwirtschaftliche Entsprechung der Außenverschuldung — erfolgte, während in den fünfziger und sechziger Jahren dieser Anteil sich nur geringfügig verbesserte und er zu Beginn der achtziger Jahre stagniert. Ausgenommen davon scheinen einige »Schwellenländer«, doch viele Länder der Dritten Welt sind sogar einem rapiden Deindustrialisierungsprozeß unterworfen, der das Entwicklungsgefälle gegenüber den kapitalistischen Industrieländern weiter vertieft. Inwieweit sich das System der internationalen Arbeitsteilung nach dem von Klaus Busch propagierten Theorem der komparativen Kostenvorteile strukturiert, ist nun nicht allein eine Frage der empirischen Entwicklungstendenzen, sondern konstituiert selbst bereits ein *theoretisches* Problem, nämlich die Frage nach der theoretischen Bestimmung der Triebkräfte der Strukturierung der Weltwirtschaft. Klaus Busch bemüht in seiner Antwort auf Elmar Altvater zur Untermauerung der empirischen und theoretischen Tragfähigkeit seiner Theorie der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt die nationalökonomische Außenhandelstheorie, die, wie er schreibt, »in vielen Bereichen differenzierte Theorien anzubieten hat«, und die deshalb gerade von marxistischen Weltmarkttheoretikern genau zur Kenntnis genommen werden sollte. Wir werden diese Anregung aufgreifen und in einem der nächsten Hefte die Theoriebildung der wohl bedeutendsten außenwirtschaftlichen Theorieschule im deutschsprachigen Raum, die Vertreter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft — die nicht allein theorieprägend sind, sondern aktuell in Argentinien auch zu praktischen Politikberatern aufsteigen konnten —, genauer diskutieren. Methodische Aporien, wie sie sich aus der umstandslosen Einverleibung neoklassischer Gleichgewichtsmodelle in die marxistische Werttheorie ergeben, werden dort näher ausgeführt werden können.

Urs Müller-Plantenberg hat bereits in PROKLA 42 darauf aufmerksam gemacht, daß in den heutigen Theorien der Weltwirtschaft dem Weltarbeitsmarkt, wenn überhaupt, dann nur noch eine periphere Bedeutung zukommt. In der tagespolitischen Diskussion um die von einschlägigen Kreisen als »Wirtschaftsflüchtlinge« bezeichneten Immigrationsströme werden die entwicklungssoziologischen und ökonomischen Zusammenhänge, die mit der Internationalisierung der Ware Arbeitskraft einhergehen, durch die Mobilisierung von »Überfremdungsgängsten« in eine tendenziell rassistische Form überzuführen versucht, hinter der die Funktionalität einer gesteuerten Internationalisierung der Arbeitsmärkte verschwindet. Am Beispiel der Transformation einer städtischen Ökonomie zeigt *Remco van Capelleveen*, wie der internationale Zustrom billiger und häufig rechtloser und ungeschützter Arbeitskräfte mit De- und Reindustrialisierungsprozessen einhergehen kann und wie auf diese Weise Entwicklungsprozesse in Ländern der Dritten und Ersten Welt über den Weltarbeitsmarkt verköpelt sind.

Die Redaktion